

Bezahlbaren Wohnraum für unseren Landkreis schaffen!

Am 31.3.2017 fand in Hösbach der Parteitag des SPD Kreisverbands Aschaffenburg- Land statt. Das Thema des Parteitages lautete: **Bezahlbaren Wohnraum für unseren Landkreis schaffen!** Hierzu war als Referent Andreas Lotte, der Sprecher der SPD Landtagsfraktion für Wohnungs- und Städtebaupolitik, aus München angereist.

Zum Schluss des Parteitages, nach dem Vortrag und ausgiebiger Diskussion, wurde ein Leitantrag einstimmig von den Delegierten angenommen. Diesen Leitantrag möchte ich hier vorstellen:

Ein Dach über dem Kopf braucht jeder - das gilt auch für Menschen in unserem Landkreis. Trotz verändertem Wohnungsbedarf hat sich der Sozialwohnungsbestand in Bayern in den letzten Jahren verringert. Die SPD- Fraktion hat im Bundestag bereits dafür gesorgt, dass mehr Geld für den öffentlichen Wohnungsbau bereitgestellt wird – aber die Bayerische Staatsregierung bewegt sich nicht. Im Gegenteil: Gab es im Jahr 1999 noch 250.000 Wohnungen im Sozialen Wohnungsbestand, so waren es im Jahr 2014 nur noch 130.000. Zwar sollen bis zum Jahr 2019 in Bayern 28.000 neue staatlich finanzierte oder geförderte Mietwohnungen entstehen, aber diese Zahl reicht bei Weitem nicht aus, um den Bedarf an sozialem Wohnraum zu decken.

Hinzu kommt, dass die Bayerische Staatsregierung die Landesmittel für die soziale Wohnraumförderung halbiert hat. Entgegen dem Antrag der SPD Fraktion, die Mittel entscheidend zu erhöhen, soll nach dem Willen der Bayerischen CSU Fraktion im Doppelhaushalt 2017/18 von 159 Mio. Euro auf nur noch 87 Mio. Euro gesenkt werden. Für 2018 sind 137 Mio. Euro veranschlagt.

Auf unseren Landkreis bezogen sieht die Situation nicht viel besser aus: Mit dem Verkauf der GWB Wohnungen durch die Bayerische Staatsregierung hat sich die Situation auf dem sozialen Wohnungsmarkt drastisch verschlechtert.

Während der Bevölkerungsstand im Landkreis annähernd konstant blieb (173.000 in 2015, Prognose für das Jahr 2035 etwa 170.000 Einwohner) hat sich der Wohnraumbedarf geändert. Singles, Senioren mit besonderem Wohnbedarf, Alleinerziehende usw. erfordern eine genauere Justierung, welche Art von preisgünstigem Wohnraum zu schaffen ist.

Auch auf Initiative der SPD Kreistagsfraktion hat die Kreiswohnungsbaugesellschaft (WLA) seit etwa zwei Jahren ihren Tätigkeitsbereich ausgeweitet und wirbt aktiv in den Gemeinden um Mitgliedschaft, um in Kooperation den öffentlichen Wohnungsbau auszuweiten. Insbesondere unterstützt der Kreistag die Initiative der Bayerischen SPD Fraktion, bessere Voraussetzungen für preisgünstigen Wohnraum zu schaffen.

Die Staatsregierung muss aktiv werden, um die Kommunen und Landkreise finanziell handlungsfähig zu machen und um den Bestand an sozialem Wohnraum aufzustocken. Dazu braucht es gezielte Förderprogramme für Kommunen. Dazu gehört auch der genossenschaftliche Wohnungsbau. Kommunalen bzw. privatrechtlichen Unternehmen mit mehrheitlich kommunalen Eigentum muss es ermöglicht werden, Fördermittel aus dem Förderprogramm des Wohnungspaktes zu erhalten.

Wohnen gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Daraus resultiert die Verpflichtung für die Kommunen, in ihrem Wirkungskreis sozialen Wohnraum zu schaffen. Nach Auffassung der SPD hat der Landkreis eine Koordinationsfunktion, die Entwicklung

auf dem Wohnungsmarkt zu beobachten und zu justieren. Dabei ist der Bedarfsermittlung für barrierefreien bzw. behindertengerechten Wohnraum in den einzelnen Gemeinden und gezielten Konzepten zu dessen Umsetzung, welche in den sozialen Wohnungsbau zu integriert werden können, besonderes Augenmerk zu schenken.

Die Kreiswohnungsbaugesellschaft (WLA) soll deutlich ausgebaut und dabei möglichst viele Landkreisgemeinden eingebunden werden. Es wird gebeten, auf Kreisebene die Möglichkeit zu prüfen, leerstehenden Wohnraum aufzukaufen und wieder einer sinnvollen Wohnnutzung zuzuführen.

Ebenso wird eine Konzeptentwicklung für preisgünstigen Wohnraum benötigt, um einer ungezügelter Mietpreisentwicklung durch knappen Wohnraum im Landkreis vorzubeugen. Die Kreistagsfraktion und die Gemeinderatsfraktion sind aufgefordert, Anträge zur Datenerhebung mit langfristiger Prognose über unterschiedliche Wohnraumbedürfnisse von Familien, Singles, Senioren, und die weitere Entwicklung aufgrund der Bevölkerungsstruktur zu erheben. Die vorhandene Bevölkerungsprognose von 2015 bietet gute Voraussetzungen, um eine gezielte Wohnraumpolitik anzusteuern. Wir befürworten die Schaffung von Mietspiegeln zumindest für die Randgemeinden um Aschaffenburg.